Ressort: Gesundheit

Bundesregierung prüft wegen Masernwelle Impfpflicht für Kinder

Berlin, 24.03.2019, 14:59 Uhr

GDN - Angesichts einer drohenden Masernwelle in mehreren Regionen Deutschlands prüft die Große Koalition eine bundesweite Impfpflicht gegen die Virusinfektion. Das sagte SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Montagausgaben).

Die FDP mahnt die Bundesregierung dabei zur Eile und fordert neben schnellen Maßnahmen zur Steigerung der Impfbereitschaft eine gesetzliche Option für einen Impfzwang für Kinder. Der SPD-Fraktionsvize für Gesundheitspolitik, Karl Lauterbach, betonte, dass seine Partei innerhalb der Koalition für eine Impfpflicht für Kinder eintrete, die sich auf Masern begrenzen solle. "Ich bin mit Gesundheitsminister Spahn im Gespräch darüber und bin zuversichtlich, dass wir demnächst einen entsprechenden Vorschlag vorlegen können", sagte Lauterbach dem RND. Druck in dieser Richtung kommt auch von den Liberalen: "Die FDP spricht sich für eine gesetzliche Impfpflicht für Kinder bis 14 Jahre aus", sagte ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Michael Theurer, dem RND. "Seine Kinder nicht impfen zu lassen ist verantwortungslos gegenüber dem Wohl des eigenen Kindes und auch gegenüber Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht selbst geimpft werden können", sagte Theurer. "So werden Leben gefährdet." Bundesgesundheitsminister Spahn müsse die Menschen darüber offensiv aufklären und der Zugang zu Impfungen erleichtern, forderte der FDP-Fraktionsvize. So könnten Impfungen auch in Schulen und Kitas angeboten werden, damit diese nicht so oft vergessen werden. "Impfzurückhaltung ist problematisch", so Theurer, deshalb sei als Ultima Ratio eine Impfpflicht nötig. Spahn hatte sich zu seiner Zeit als Gesundheitspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits für verpflichtende Masern-Impfungen für Kinder stark gemacht, war aber am damaligen Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) gescheitert. Anlass für die erneute Debatte ist eine verstärkte Häufung von Masern-Fällen unter anderem in Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. So wurden im niedersächsischen Hildesheim nach einem Masernausbruch an mehreren Schulen mehr als 100 Schüler und Lehrer vom Unterricht ausgeschlossen, weil sie keinen ausreichenden Impfschutz gegen die Krankheit nachweisen konnten. Auch internationale Organisationen warnen massiv vor einer alarmierenden Zunahme von Masernfällen: Weltweit hätten im vergangenen Jahr 98 Länder ein stärkeres Auftreten der Virusinfektion registriert als im Vorjahr, heißt es in einem aktuellen Bericht des UN-Kinderhilfswerks Unicef. Dadurch würden in der Vergangenheit erzielte Fortschritte gegen diese oft todbringende Krankheit zunichte gemacht.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-122135/bundesregierung-prueft-wegen-masernwelle-impfpflicht-fuer-kinder.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619